

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Pf., bei Lieferung frei Haus 55 Pf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Carl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stells.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. XII: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 20

Dienstag, den 25. Januar 1938

90. Jahrgang

Verständigung mit dem Reich gefordert

Eine mahnende Stimme in Prag. — Eine Rede des Abgeordneten Beran

Die tschechische Agrarpartei, die größte tschechische Regierungspartei, veranstaltete eine Versammlung unter dem Schlagwort „Kampf oder Zusammenarbeit“. Die Hauptrede hielt der Vorsitzende der Partei, Abgeordneter Beran, Anwesend waren der Kriegsminister, der Landwirtschaftsminister und der Innenminister.

Beran wiederholte seinen umkämpften Neujahrskartell über die Notwendigkeit einer Verständigung mit der sudetendeutschen Partei und wandte sich auf das schärfste gegen Kommunisten und Emigranten. In unterschiedener Weise wies er auch die Angriffe der tschechischen Merkantilisten Partei zurück, die ihn wegen seines Neujahrskartells des Nationalsozialismus, des Nazismus, ja sogar des Neuhidentums beschuldigt hätten. (Zuruf: „Das wäre gar kein Unglück!“)

Selbstverständlich sei die tschechische Agrarpartei nach

wie vor nur die Zusammenarbeit mit allen nachbar, sagte Beran, insbesondere mit dem Deutschen Reich. Eine der Voraussetzungen sei, daß die Einmischung der Emigranten in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten ein Ende gemacht werde. Ebenso energisch müsse die Einmischung der Emigranten in die Kultureinrichtungen der Tschechoslowakei abgelehrt werden, besonders in bezug auf die Schaubühnen und Filme, aber auch auf die Presse. Gerade in der Presse sei die Tätigkeit der Emigranten mehr als gefährlich.

Die Entwicklung zeige, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich sehr wichtig sei. Die Ausfuhr nach Frankreich und Sowjetrußland sei hingegen unbefriedigend. Die Tschechoslowakei wäre dumm, wenn sie ihre große Nachbarn herausfordern oder sich als Wertzeu gegen sie mißbrauchen lasse.

Die deutsch-polnischen Rechtsbeziehungen

In Warschau traf der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Prof. Dr. Schlegelberger, ein. Staatssekretär Schlegelberger wird auf Einladung der polnischen Gruppe der Arbeitsgemeinschaft für die deutsch-polnischen Rechtsbeziehungen, die im vorigen Jahr anlässlich des Besuches des polnischen Justizministers Grabowski von diesem und Staatsminister Dr. Frank bei der Akademie für Deutsches Recht gegründet wurde, einen Vortrag über „Die Entwicklung des deutschen Rechts im Dritten Reich“ halten.

China dankt Deutschland

Amtliche Stellungnahme zu Japans Friedensbedingungen. Zu den in der Rede des japanischen Außenministers Hirota mitgeteilten vier grundsätzlichen Bedingungen Japans für die Eröffnung von Friedensverhandlungen liegt jetzt eine amtliche chinesische Stellungnahme vor. Es wird erklärt, daß die chinesische Regierung ihren Dank für die auf Abnähmung von Friedensverhandlungen gerichteten Bemühungen Deutschlands an demselben Tage ausgesprochen habe, daß aber die scheinbar einen weiten Spielraum frei lassenden Grundbedingungen Hirotas in Wirklichkeit so allumfassend seien, daß sie Punkte einschließen, die die chinesische Souveränität und die verfassungsmäßige und territoriale Unverletzlichkeit Chinas verletzen. Die chinesische Regierung bedauere ferner die japanische Erklärung vom 16. Januar, mit der die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Japan praktisch abgebrochen worden seien, ohne daß die japanische Regierung der chinesischen Regierung die von dieser für notwendig gehaltenen Erklärungen zu den Grundbedingungen gegeben habe.

Moskaus Vorbereitungen in Fernost

Ausbau der Flottenstützpunkte. — 11-Boote in Wladiwostok. In der in Hongkong erscheinenden Zeitung „China Mail“ stellt ein Ausländer in einem Bericht über seine Reise durch das fernöstliche Sowjetgebiet die japanischen Berichte über Sowjetrußlands Betätigung im Fernen Osten als eher die Lage unterjährig als übertrieben hin. Mit ihren neu im Bau befindlichen Flugzeug- und Unterseebootstationen, so schreibt der Verfasser, würden die sowjetrussischen fernöstlichen Küstenprovinzen im Prinzip in Kriegszustand versetzt. In Wladiwostok übrigens seien schon über 100 Unterseeboote in Auftrag gegeben worden, während weitere Unterseeboote schubweise per Eisenbahn anrollen.

Zur gleichen Zeit würden ganze Küstenstriche besetzt und neue Flug- und Unterseebootstützpunkte in isolierten Bezirken in Bau genommen. In einem derartigen Stützpunkt seien Hunderte von Flugzeugen stationiert und das Dröhnen der Flugzeuge, die das Gebiet überfliegen, höre fast nicht auf. Zu gleicher Zeit befänden sich in einem derartigen Stützpunkt 20 Unterseeboote und eine Reihe Ueberwasserfahrzeuge, die beinahe täglich zu Manövern ausliefen. Das Land befände sich in einer dauernden Angst vor Spionen, und eine Anzahl von Personen, die als japanfreundlich gegolten hätten, seien hingerichtet worden.

Truppenlandung in Wei-Hai-Wei

„Zum Schutze des britischen Eigentums.“

Das englische Kriegsschiff „Sandwich“ hat in Wei-Hai-Wei, dem strategisch wichtigen Hafen in Nordschantung, Marinetruppen gelandet, um britisches Eigentum vor Plünderungen zu schützen. Nachdem ein großer Teil der chinesischen Ordnungstruppe desertiert ist, sollen die Plünderungen in Wei-Hai-Wei so zugenommen haben, daß man sich zu einem Schutz des britischen Eigentums entschloß. Außerdem soll eine japanische Abteilung in Lantau, 100 Meilen westlich von Wei-Hai-Wei, gelandet sein, die offenbar versuchen wird, zu den Streitkräften in Tsingtau zu stoßen.

Wei-Hai-Wei, das nordöstlich von Tsingtau, gegenüber von Port Arthur, am Eingang des Gelben Meeres,

Brotbrüderschaft des Volkes

Nationalsozialistische Grundzüge der Wirtschaftsführung

Im Großen Kongressaal des Deutschen Museums in München wurde der Lehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP eröffnet. Fast 2000 Männer aus allen Arbeitsgebieten von Partei und Wirtschaft waren erschienen. Nach den Begrüßungsworten des Gauleiterstellvertreters des Traditionsorgans, Nippold, und des Oberbürgermeisters der Hauptstadt der Bewegung, Reichsleiter Fiebler, kennzeichnete der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, Köhler, die Aufgabe der wirtschaftspolitischen Gruppe des Führers. „Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist“, so führte er u. a. aus, „der politische Gebrauch der wirtschaftlichen Fähigkeiten des deutschen Volkes. Gegen zwei Fronten galt es anzukämpfen: Erstens galt es, das Ansehen der wirtschaftspolitischen Führung an die Stelle eines überschätzten Ansehens der Wirtschaft zu setzen, zweitens aber zu verhindern, daß der Begriff der Wirtschaftspolitik wiederum nicht von denen unterschätzt wurde, die etwa der Ansicht waren, Wirtschaft könne auf Befehl gemacht werden.“

Nicht Pläne machen den Wirtschaftsführer, sondern das Erkennen der Ziele, zu deren Erreichung dann Pläne durchgeführt werden können und müssen. Wirtschaftspolitik ist diejenige politische Führung, die den Erfolg des Wirtschaftens für das Beste des Volkes einsetzt.

Es ist Aufgabe der Wirtschaft, Reichtum zu bilden, Reichtum für das Volk, nicht aber von Jahr zu Jahr nur Bedarf zu decken; denn der Reichtum des Volkes ist der Arbeits- und Lebensraum der kommenden Generation. Das Volk will größer werden, so groß, wie seine Kräfte es erlauben. Die großen Aufgaben kann nur das Volk selbst stellen, und das ist der Sinn des Systems des Führers: Besitz des Volkes zu bilden, der, von einem Geschlecht zum anderen weitergegeben, von dem Glauben und der Größe jedes Geschlechtes zeugt.“

Staatsrat Böttger gab einen Ueberblick über das Wesen der nationalsozialistischen Idee, über das Wirken des Glaubens und der Ehre.

Die rassistischen Grundwerte

Der Leiter des Hauptbildungsamtes der NSDAP, stellvertretender Gauleiter Schmidt, sprach über die Gemeinschaftsidee und Führerprinzipien des alten Europas und des Nationalsozialismus und ihre Auswirkungen auf die Stellung der Wirtschaft im Gesamtleben der Völker.

„Die Wirtschaft“ — so führte er aus — „hat in jeder Gemeinschaftsform ihren eigenen Platz. Wir erkennen als letzte Gemeinschaftsform das Volk als eine biologische Tatsache. Alle Darstellungsformen sind nur Mittel, um die Lebensmöglichkeiten der völkischen Einheit zu garantieren. Darum bestehen auch die Rechte der Wirtschaft allein in den Rechten des Volkes auf seine politische Zukunft. Das bedeutet, daß jedes Volk sich seine Wirtschaft schafft und die rassistischen Werte, aus denen die charakteristischen Werte entspringen, auch die Grundzüge der Volkswirtschaft sind. Es gibt keine genormte Volkswirtschaft, sondern nur eine nationalvölkische.“

Die germanische Welt kannte drei Grundlagen; die des Blutes, des Bodens und der Ehre. Der Blutsbrüderschaft entspricht die Brotbrüderschaft. Hier hat uns der Führer in der NSDAP ein hervorragendes Erziehungsinstrument zum Zwecke der allgemeinen Anerkennung dieser Brotbrüderschaft gegeben. Haben wir bisher das Recht auf Arbeit als Ausdruck der Brotbrüderschaft herausgestellt, so müssen wir uns heute zur Pflicht zur Arbeit bekennen.

Es wird in Zukunft kein Faulenzertum, auch nicht aus Reichtum geben. So sind Recht und Pflicht zur Arbeit, Gerechtigkeit und Leistung die Fundamente der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung.“

Der Gruß des Führers

Bei der Eröffnung des Lehrganges sandte der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, Bernhard Köhler, dem Führer ein Grußtelegramm. Der Führer erwiderte mit besten Wünschen für den Erfolg der Arbeit.

Deutliche Sprache gegen die Juden

Warschau weist englisch-amerikanische Einmischungsversuche in der Judenfrage zurück

Im Haushaltsauschuß des Sejm verwies anlässlich der Besprechung des Haushaltes des Innenministeriums der Referent Wojciechowski nachdrücklich auf die Bedeutung der jüdischen Frage hin. Die polnische Bevölkerung habe selbst zu wenig Raum im Land. Das Bewußtsein, daß sich gleichzeitig unter den Polen ein völkisch- und rassistisch fremdes Element, das dazu noch „expulsiv“ sei, breitmake, habe in der jungen Generation einen Sturm gegen die Juden ausgelöst. Diese Jugend werfe den staatlichen Behörden vor, Brot für diese fremdrassigen Menschen und kein für die Kinder des polnischen Volkes zu haben. Alle Vertreter im Sejm hätten die Pflicht, einen Plan aufzustellen, der Polen von den jüdischen Elementen entlaste. Den in den Nachkriegsjahren aus Sowjetrußland nach Polen gekommenen Juden gegenüber habe der Staat keinerlei Verpflichtungen.

Der Referent protestierte energisch gegen das Auftreten gewisser Kreise in Amerika und England, die sich angeblich im Namen der Humanität als Verteidiger der Juden in Polen aufspielten. Polen fordere die „reichen“ Nationen, insbesondere Großbritannien, auf, die Juden aus Polen bei sich selbst aufzunehmen, ihnen die Einwanderung nach Palästina und in andere noch wenig bevölkerte Ueberseegebiete zu öffnen. Von den Juden im Ausland und von ihren angehörigen Freunden erwarte man, daß sich ihre „Humanität“ auf diese Weise bekäufte.“